

Annika Schreiber

Mediation als Instrument der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 25 Abs. 3 VwVfG



Die Reihe Interdisziplinäre Studien zu
Mediation und Konfliktmanagement
wird herausgegeben von

Prof. Dr. Ulla Gläßer, Berlin
Prof. Dr. Lars Kirchhoff, Berlin
Kirsten Schroeter, Hamburg

Band 6

Annika Schreiber

Mediation als Instrument der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 25 Abs. 3 VwVfG



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6843-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-0942-2 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*You never really understand a person until you consider things
from his point of view... Until you climb inside of his skin and
walk around in it.*

Harper Lee, To Kill a Mocking Bird

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde am Institut für Rechtstatsachenforschung der Universität Konstanz am 17. April 2019 abgeschlossen.¹ Die mündliche Prüfung fand am 3. Dezember 2019 statt. Während der Arbeit an dieser Dissertation standen mir eine Reihe von Menschen zur Seite, denen ich an dieser Stelle von Herzen danken möchte.

Mein Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater Prof. Dr. Marten Breuer, der mich nicht nur jederzeit tatkräftig unterstützt hat, sondern mir auch große akademische Freiheit für die Durchführung dieses transdisziplinären Projekts gewährt hat. Sehr verbunden bin ich auch Prof. Dr. Martin Ibler, ohne dessen Unterstützung die Arbeit nicht auf den Weg gekommen wäre. Bei beiden Professoren möchte ich mich ganz besonders für die große Aufgeschlossenheit bedanken, mit der sie meinem Vorhaben begegnet sind. Prof. Dr. Hans Theile danke ich für die Übernahme des Prüfungsvorsitzes in der mündlichen Doktorprüfung. Prof. Dr. Hans Christian Röhl danke ich für die Anfertigung des Zweitgutachtens.

Dem Leitungsteam der bundesweiten Forschungsgruppe Mediation (ForMed), Prof. Dr. Katharina Kriegel-Schmidt, Prof. Dr. Katarzyna Schubert-Panicka und Klaus Schmidt, danke ich für die mir eingeräumte Gelegenheit, in verschiedenen Kolloquien des ForMed vorzutragen. Allen Mitgliedern des ForMed bin ich für die zahlreichen und bereichernden Diskussionen zu Dank verpflichtet. Die Gespräche mit Dr. Franziska Becker und Prof. Dr. Katharina Holzinger sowie ganz besonders mit Prof. Dr. Katharina Kriegel-Schmidt über die Anwendung empirischer Methoden in den Sozialwissenschaften waren äußerst hilfreich. Dr. Caroline Janz danke ich für die geduldige Durchsicht des empirischen Teils der Arbeit und für ihre kritischen Anmerkungen.

Anne Stamm hat mir nicht nur den Zugang zu den Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern ermöglicht und mich auf jede erdenkliche Weise bei der Durchführung meiner empirischen Studie vor Ort unterstützt; sie hat mich auch mit ihrer Energie, mit der sie die Mediation in

¹ Die Arbeit ist überwiegend auf dem Stand April 2019. Punktuelle Änderungen sind bis zur Veröffentlichung vorgenommen worden.

Vorwort

Hagen-Garenfeld initiiert und zu einem erfolgreichen Abschluss geführt hat, sehr beeindruckt.

Meinen Kolleginnen und Kollegen Mustafa Öрге, Stephan Riegger, Dr. Henrike Schulte und Elisa Stotz danke ich für ihre Kollegialität und Freundschaft. Maria Gerdes, Polina Gryganska und Elisa Stotz bin ich für das Transkribieren der umfangreichen Interviews sehr verbunden. Besonders danken möchte ich Dr. Katrin Roth für all die bereichernden und in jeder Hinsicht stärkenden Mittagspausengespräche.

Die vorliegende Arbeit ist mit dem Umweltpreis der Universität Konstanz des Jahres 2020 ausgezeichnet worden. Dafür bedanke ich mich bei der Stiftung „Umwelt und Wohnen an der Universität Konstanz“. Mein Dank gilt schließlich und nicht zuletzt auch dem Ausschuss für Forschungsfragen der Universität Konstanz für die finanzielle Unterstützung dieser Studie.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
A. Einführung und Grundlegung	23
I. Erkenntnisinteresse und Aufbau der Untersuchung	23
1. Problemstellung	23
2. Stand der Forschung und Forschungsbedarf	30
3. Aufbau der Untersuchung	37
4. Untersuchungsbereich	40
II. Merkmale der Mediation	44
1. Entwicklung der Mediation im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse	44
a. Ursprung und Anwendungsbereiche der Mediation	44
b. Regulierung der Mediation	47
2. Mediationsbegriff	52
a. Abgrenzung zu anderen Verfahren der alternativen Streitbeilegung	54
(1) Moderation	55
(2) Mediation	55
(3) Schlichtung	56
(4) Schiedsverfahren	56
(5) Gerichtsverfahren	56
b. Grundprinzipien der Mediation	57
(1) Prinzipien des Verfahrens	57
(2) Rolle des Mediators	60
(2.1) Mangelnde Entscheidungsbefugnis des Mediators	61
(2.2) Allparteilichkeit	64
c. Leitideen der Mediation	67
3. Mediation im öffentlichen Bereich	70
a. Präventive Mediation	70
b. Begriff der Mediation im öffentlichen Bereich	76
(1) Entwicklung und Bedeutung des Begriffs	78
(1.1) Entscheidung für den Begriff Mediation im öffentlichen Bereich	82

Inhaltsverzeichnis

(1.2) Anwendung des Begriffs auf den Untersuchungsgegenstand	84
(2) Definition	86
4. Vertragsbeziehungen und Akteure	89
5. Rechtliche Grenzen der Mediation	92
B. Rechtsgrundlagen der Mediation im öffentlichen Bereich	94
I. Rechtlicher Rahmen	96
1. Staatliches Steuerungsdefizit und kooperativer Staat	96
2. Mediation zwischen Regulierung und Selbstregulierung	98
3. Die Letztentscheidungsverantwortung der Verwaltung	104
II. Mediation als informelles Verwaltungshandeln	107
1. Begriff des informellen Verwaltungshandeln	108
a. Das Alternativverhältnis zur rechtsförmlichen Regelung	109
b. Die Nichtförmlichkeit der Mediation	111
c. Der fehlende Rechtsbindungswille	112
d. Handeln der Verwaltung	114
e. Zusammenfassung	115
2. Mediation und die Typologie des informellen Verwaltungshandelns	116
a. Typen des informellen Verwaltungshandelns	116
b. Mediation als normvollziehende Absprache	119
3. Ergebnis	121
III. Zulässigkeit der Mediation	121
1. Vorrang des Gesetzes	122
2. Vorbehalt des Gesetzes	123
a. Die Begründung der Zulässigkeit der Mediation	125
(1) Mediation innerhalb des Verfahrens	125
(2) Mediation außerhalb des Verfahrens	127
(2.1) Das verfassungsrechtlich fundierte Beschleunigungsgebot	127
(2.2) Allgemeine Aufgabenzuweisung	129
b. Spezielles Regelungserfordernis	130
3. Ergebnis	136
C. Mediation und frühe Öffentlichkeitsbeteiligung	138
I. Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung	141
1. Hintergrund der Norm	142

2. Anwendungsbereich der Norm	144
a. Sachlicher Anwendungsbereich der Norm	144
b. Zeitlicher Anwendungsbereich der Norm	146
c. Rolle der Behörde	147
d. Rolle des Vorhabenträgers	149
e. Betroffene Öffentlichkeit	151
f. Subsidiarität der Vorschrift	152
3. Zusammenfassung	153
II. Mediation als Instrument der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	154
1. Funktion der Mediation im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	155
a. Umweltverwaltungsgesetz (Baden-Württemberg)	157
b. VwV-Öffentlichkeitsbeteiligung	159
c. Regelung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung in den Verwaltungsverfahrensgesetzen und Planungsleitfäden der Länder	160
d. VDI-Richtlinie 7000	162
e. Ergebnis	164
2. Ziele der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	165
a. Effektivitätssteigerung des Verwaltungsverfahrens	167
b. Transparenz- und Kontrollfunktion	170
c. Akzeptanz	173
d. Legitimationswirkung	178
e. Zusammenfassung	180
3. Kritik der herkömmlichen Funktion der Mediation	182
III. Bedeutung der Akzeptanz	186
1. Vertrauen als Bedingung der Akzeptanz	187
2. Informationsasymmetrien	192
3. Monitoring und Vertrauen	200
a. Monitoring	201
b. Vertrauen	202
(1) Der Begriff des Vertrauens	202
(2) Die Vertrauensbeziehung	203
(3) Die Vertrauenserwartung	205
c. Zusammenfassung	208
4. Vertrauensentscheidung	209
a. Verborgene Information	214
(1) Festlegung des Verhandlungsrahmens	214
(2) Beurteilung des Ergebnisses	216

Inhaltsverzeichnis

b. Verborgene Handlung	220
5. Ergebnis	222
IV. Rechtliche Grenzen der Selbstbindung	225
1. Voraussetzungen faktischer Bindungen	226
2. Das Dilemma der Zulassungsbehörde	232
3. Gründe für die Beteiligung der Planfeststellungsbehörde	238
4. Inhaltliche Richtigkeit der Entscheidung: das Abwägungsgebot	243
a. Abwägungsausfall	244
b. Abwägungsdefizit	249
c. Abwägungsfehleinschätzung	251
d. Abwägungsdisproportionalität	252
5. Gründe für die Beteiligung der Genehmigungsbehörde bei gebundenen Entscheidungen	253
6. Ergebnis	259
V. Ausgestaltung vertrauensfördernder Kommunikation	262
1. Verständnisförderung	264
2. Vermeidung kommunikativer Missverständnisse	268
3. Wahl des verständigungsorientierten Diskurses	270
4. Ergebnis	275
VI. Mediation als Instrument vertrauensfördernder Kommunikation	277
1. Verständigungsorientierung der Mediation	278
a. Unterscheidung von Position und Interesse	279
b. Stärkung der Eigenverantwortlichkeit durch die Interessenidentifizierung	283
c. Respektvolle Anerkennung und gegenseitiges Verständnis (Recognition)	284
d. Unterscheidung zwischen Werte- und Interessenkonflikten	287
2. Struktur der Mediation	289
3. Mediator als Interpretationshelfer	294
4. Zeitpunkt und Eignung der Mediation	297
5. Zusammenfassung	297
VII. Ergebnis der theoretischen Analyse	299
D. Mediation in der Planungspraxis: Eine Fallstudie	303
I. Methodische Konzeption	304
1. Untersuchungsplan	305

2. Vorgehensweise	308
a. Datenerhebung	309
(1) Die Auswahl der Experten	310
(2) Der Leitfaden	312
b. Auswertung der Daten	314
3. Gütekriterien	317
II. Design der Fallstudie	318
1. Falldefinition	318
a. Typischer Fall	319
b. Auswahlkriterien	321
(1) Mediationsverfahren	324
(2) Anwendungsbereich des § 25 Abs. 3 VwVfG	324
(3) Verfahren zielt auf Umsetzung	325
(4) Abschluss des Mediationsverfahrens mit Konsens	325
(5) Umsetzung geschehen oder absehbar	326
(6) Zusammenfassung	326
2. Quellen für die Ermittlung und Auswahl der Fälle	327
3. Fallstudienauswahl	328
a. Fallauswahl	329
b. Eignung als Fallstudie	334
4. Zusammenfassung der Vorgehensweise	338
III. Auswertung der Fallstudie	339
1. Hintergrund und Ablauf des Mediationsverfahrens	339
a. Anlass des Verfahrens	339
b. Rechtliche Einordnung des Verfahrens	340
c. Akteure, Konfliktlinien und Organisation des Mediationsverfahrens	342
d. Zeitlicher Ablauf und Vereinbarungen	344
2. Ergebnisse der Fallstudie	346
a. Zeitpunkt und Eignung der Mediation als Instrument der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	349
(1) Erwartungshorizont und Konkretisierungsgrad der Planung	350
(2) Eskalationsgrad	353
(3) Beteiligungsscoping	358
(4) Verhandlungsrahmen	362
(5) Initiierung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	365
(6) Zusammenfassung	373
b. Relevante Akteure	375
(1) Akteursanalyse	377

Inhaltsverzeichnis

(2) Verhandlungsmandat und effektive Rückkopplung	382
(3) Organisation der Interessen	391
(4) Zusammenfassung	396
c. Relevante Informationen	398
(1) Direkte Kommunikation	399
(2) Zugang zu Informationen	402
(3) Ökonomische Ressourcen	404
(4) Rolle der Behörden	409
(5) Zusammenfassung	417
d. Bindungswirkung des Verhandlungsprozesses	418
(1) Rolle der Behörden	419
(1.1) Förderung des Umsetzungswillens	419
(1.2) Entstehen der Vertrauenserwartung	425
(1.3) Wahrung der Neutralität	428
(1.4) Zusammenfassung	433
(2) Rolle der Kommunalpolitiker	435
(2.1) Funktion der Kommunalpolitiker	436
(2.2) Entstehen der Vertrauenserwartung	438
(2.3) Gründe der Zurückhaltung	443
(2.4) Umgang mit strategischen Zielen	446
(2.5) Zusammenfassung	449
(3) Rolle des Vorhabenträgers	450
e. Umsetzungsphase	451
f. Zusammenfassung und Beurteilung der Ergebnisse	452
E. Ausblick	457
Literaturverzeichnis	461
Anhang	487
I. Liste der befragten Interessengruppen	487
II. Leitfaden	487
III. Fallauswahl	493

Abkürzungsverzeichnis

A

a.D.	<i>außer Dienst</i>
ABS	<i>American Behavioral Scientist</i>
Abs.	<i>Absatz</i>
AEG	<i>Allgemeines Eisenbahngesetz</i>
Agency Theory	<i>Prinzipal-Agent-Theorie</i>
Amtsbl.	<i>Amtsblatt</i>
Anm.	<i>Anmerkung</i>
Anm. d. Verf.	<i>Anmerkung der Verfasserin</i>
AöR	<i>Archiv des öffentlichen Rechts</i>
Art.	<i>Artikel</i>

B

BauGB	<i>Baugesetzbuch</i>
Bay GVBl.	<i>Bayrisches Gesetz- und Verordnungsblatt</i>
Bay VBl	<i>Bayrische Verwaltungsblätter</i>
BB	<i>Betriebs-Berater</i>
Bd.	<i>Band</i>
BDVR	<i>Bund Deutscher Verwaltungsrichter</i>
ber.	<i>berichtigt</i>
BGB	<i>Bürgerliches Gesetzbuch</i>
BGBL.	<i>Bundesgesetzblätter</i>
BImSchG	<i>Bundesimmissionsschutzgesetz</i>
BImSchV	<i>Bundesimmissionsschutzverordnung</i>
BMJV	<i>Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz</i>
BMVBS	<i>Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung</i>
BNatSchG	<i>Bundesnaturschutzgesetz</i>
BR	<i>Bundesrat</i>
Brem.GBl.	<i>Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen</i>
BS	<i>Bio-Station</i>
BT	<i>Bundestag</i>

Abkürzungsverzeichnis

BVerfGE	<i>Bundesverfassungsgerichtsentscheidung</i>
BVerwG	<i>Bundesverwaltungsgericht</i>
BVerwGE	<i>Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung</i>
bzw.	<i>beziehungsweise</i>
C	
CRQ	<i>Conflict Resolution Quarterly</i>
D	
d. h.	<i>das heißt</i>
DAV	<i>Deutscher Anwalt Verband</i>
ders.	<i>derselbe</i>
dies.	<i>dieselbe, dieselben</i>
DÖV	<i>Die öffentliche Verwaltung</i>
Drs.	<i>Drucksache</i>
DTJ	<i>Deutscher Juristentag</i>
DV	<i>Die Verwaltung</i>
DVBl	<i>Deutsches Verwaltungsblatt, Deutsches Verwaltungsblatt</i>
E	
e. V.	<i>eingetragener Verein</i>
EEG	<i>Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien</i>
EGZPO	<i>Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung</i>
EL.	<i>Ergänzungslieferung</i>
ELQ	<i>Ecology Law Quarterly</i>
endg.	<i>endgültig</i>
EnLAG	<i>Energieleitungsausbaugesetz</i>
EnWG	<i>Energiewirtschaftsgesetz (Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung)</i>
Erg. d. Verf.	<i>Ergänzung der Verfasserin</i>
ErwGr	<i>Erwägungsgrund</i>
Eur. Env.	<i>European Environment</i>
EUV	<i>Vertrag über die Europäische Union</i>

F

f.	<i>folgend</i>
F.R.D.	<i>Federal Rules Decisions</i>
FAZ	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>
ff.	<i>folgende</i>
Fn.	<i>Fußnote</i>
FNP	<i>Flächennutzungsplan</i>
FQS	<i>Forum: Qualitative Social Research</i>
FStrAbG	<i>Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen (Fernstraßenausbaugesetz)</i>
FStrG	<i>Fernstraßengesetz</i>
FStrPrivFinG	<i>Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz</i>

G

G	<i>Genehmigungsbehörde</i>
GAbl.	<i>Gemeinsames Amtsblatt, Gemeinsames Amtsblatt</i>
GBL. Bad.Württ.	<i>Gesetzesblatt Baden-Württemberg</i>
gem.	<i>gemäß</i>
Genehmigungs- beschleunigungs- gesetzes	<i>Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren</i>
GewArch	<i>Gewerbearchiv</i>
GG	<i>Grundgesetz</i>
ggf.	<i>gegebenenfalls</i>
GGO	<i>Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien</i>
GmbH	<i>Gesellschaft mit beschränkter Haftung</i>
grds.	<i>grundsätzlich</i>
GV.NRW.	<i>Gesetz und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen</i>
GVBl. Hess.	<i>Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen</i>
GVBl. Thüringen	<i>Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen</i>
GVOBl. M-V	<i>Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern</i>
GVOBl. Sch.-H.	<i>Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein</i>

H

h. L.	<i>herrschende Lehre</i>
h. M.	<i>herrschenden Meinung</i>

Abkürzungsverzeichnis

Hervorh. d. Verf	<i>Hervorhebung durch die Verfasserin</i>
HmbGVBl	<i>Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt</i>
HmbVwVfG	<i>Hamburger Verwaltungsverfahrensgesetz</i>
Hrsg.	<i>Herausgeber</i>
Hs.	<i>Halbsatz</i>

I

i. d. R.	<i>in der Regel</i>
i. V. m.	<i>in Verbindung mit</i>

J

JCR	<i>Journal of Conflict Resolution</i>
JFE	<i>Journal of financial economics</i>
JR	<i>Juristische Rundschau</i>
JSI	<i>Journal of Social Issues</i>
JURA	<i>Juristische Ausbildung</i>
JZ	<i>JuristenZeitung</i>

K

KOM	<i>Kommission der europäischen Gemeinschaften</i>
KommJur	<i>Kommunaljurist</i>
KP	<i>Kommunalpolitiker</i>
kV	<i>kilo Volt</i>
KZfSS	<i>Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie</i>

L

L	<i>Landschaftsplaner</i>
L. Rev.	<i>Law Review</i>
LBauO	<i>Landesbauordnung</i>
Lit.	<i>littera (Buchstabe)</i>
LNatSchG	<i>Landesnaturschutzgesetz</i>
LT	<i>Landtag</i>
LuftVG	<i>Luftverkehrsgesetz</i>
LULU	<i>Locally Unwanted Land Uses</i>
LUVwG	<i>Landesumweltverwaltungsgesetz (Baden-Württemberg)</i>

M

M	<i>Mediatoren</i>
m. E.	<i>mit Einschränkung</i>
m. w. N.	<i>mit weiteren Nennungen</i>
m.E.	<i>mit Einschränkung</i>
ME	<i>Mediationsergebnis</i>
Med-Arb	<i>Mediation-Arbitration</i>
MediationsG	<i>Art. 1 des Gesetzes zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung</i>
Mediations-RL	<i>Richtlinie 2008/52/EG über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen</i>

N

NABEG	<i>Netzausbaubeschleunigungsgesetz</i>
NABU	<i>Naturschutzbund Deutschland e.V.</i>
NIMBY	<i>Not in my Backyard</i>
Nr.	<i>Nummer</i>
Nrn.	<i>Nummern</i>
NuR	<i>Natur und Recht</i>
NVwZ	<i>Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht</i>
NWVBl.	<i>Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter</i>

O

OB	<i>Oberbürgermeister</i>
ÖS	<i>örtlicher Stromversorger</i>

P

PBefG	<i>Personenbeförderungsgesetz</i>
PlfstVf	<i>Planfeststellungsverfahren</i>
PIVereinHG	<i>Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (Planvereinbeitlichungsgesetz)</i>
PVS	<i>Politische Vierteljahresschrift</i>

Abkürzungsverzeichnis

Q

QCA *Qualitative Comparative Analysis*

QI *Qualitative Inquiry*

R

RabelsZ *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales
Privatrecht*

repr. *repräsentativ*

Rn. *Randnummer*

ROG *Raumordnungsgesetz*

ROVf *Raumordnungsverfahren*

RPR *Review of Policy Research*

Rs. *Rechtssache*

RT *Round Table*

RTMKM *Round-Table Mediation und Konfliktmanagement der deutschen
Wirtschaft*

RWE *Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG*

S

S. *Satz (Rechtsnormen); Seite (Referenzen)*

SchiedsVZ *Zeitschrift für Schiedsverfahren*

sog. *sogenannte, sogenannter*

ST&HV *Science, Technology, & Human Values*

StandAG *Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager
für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz)*

T

TKG *Telekommunikationsgesetz*

U

u. a. *unter anderem, unter anderen*

u. a. m. *und andere mehr; und anderes mehr*

u. U. *unter Umständen*

UGB *Umweltgesetzbuch*

UPR *Umwelt- und Planungsrecht*

Urt.	<i>Urteil</i>
usw.	<i>und so weiter</i>
UVP	<i>Umweltverträglichkeitsprüfung</i>
UVPG	<i>Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung</i>
V	
V	<i>Vorhabenträger</i>
v.	<i>vom</i>
v. a.	<i>vor allem</i>
VBIBW	<i>Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg</i>
VDI 7000	<i>Richtlinie des Vereins deutscher Ingenieure, frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten</i>
VDI 7001	<i>Richtlinie des Vereins deutscher Ingenieure, Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten</i>
VerwArch	<i>Verwaltungsarchiv</i>
VerwR	<i>Verwaltungsrecht, Verwaltungsrecht</i>
VGH	<i>Verwaltungsgerichtshof</i>
vgl.	<i>vergleiche</i>
vs.	<i>versus</i>
VSBG	<i>Verbraucherstreitbeilegungsgesetz</i>
Vt. Law Rev.	<i>Vermont Law Review</i>
VVDStRL	<i>Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer</i>
VwGO	<i>Verwaltungsgerichtsordnung</i>
VwVfG	<i>Verwaltungsverfahrensgesetz</i>
VwV-Öffentlichkeitsbeteiligung	<i>Verwaltungsvorschrift der Landesregierung Baden-Württemberg zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren</i>
W	
W	<i>der Genehmigungsbehörde gegenüber weisungsbefugte Personen</i>
WAB	<i>Windenergie Agentur Bremerhaven Bremen e. V.</i>
WaStrG	<i>Wasserstraßengesetz, Wasserstraßengesetz</i>
WHG	<i>Wasserhaushaltsgesetz</i>
WNA	<i>Wasserstraßenneubauamt</i>

Abkürzungsverzeichnis

World Pol.	<i>World Politics, A Quarterly Journal of International Relations</i>
WSA	<i>Wasser- und Schifffahrtsamt, Wasser- und Schifffahrtsamt</i>
WSD	<i>Wasser- und Schifffahrtsdirektion</i>

Z

z. B.	<i>zum Beispiel</i>
ZfV	<i>Zeitschrift für Versicherungswesen</i>
ZKM	<i>Zeitschrift für Konfliktmanagement</i>
ZPO	<i>Zivilprozessordnung</i>
ZUR	<i>Zeitschrift für Umweltrecht</i>